

Antrag 27/II/2024

AfA Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

CFM

1 Der Koalitionsvertrag der CDU und SPD vom April 2023
2 verspricht „schnellstmögliche Rückführung“ der Charité
3 Facility Management (CFM) und der Tochterunternehmen
4 von Vivantes, für welche die Kolleg:innen schon seit vie-
5 len Jahren einen harten Arbeitskampf führen. Bis heute
6 ist jedoch kein Zeitplan für die Integration der Töchter in
7 die Muttergesellschaften vorgelegt worden. Stattdessen
8 werden hohe Kosten und rechtliche Bedenken angeführt,
9 welche eine Integration kaum möglich machen sollen. Je-
10 doch sind weder die Kosten noch die rechtlichen Probleme
11 transparent gemacht worden.

12

13 So darf nicht mit den Kolleg:innen in den Krankenhäu-
14 sern umgegangen werden. Genauso wie ein Krankenhaus
15 ohne Reinigung, ohne Essenszubereitung, ohne Transport
16 oder ohne Technik nicht funktionieren kann, genauso ge-
17 hören selbstverständlich auch die entsprechenden Mit-
18 arbeitenden dazu. Sie sind keine Mitarbeitenden zweiter
19 Klasse! Und sie sind auch kein Sparschwein für die Mut-
20 tergesellschaft!

21 Die Mitarbeitenden haben einen Anspruch darauf, dass
22 ihre betriebliche Zukunft von den Verantwortlichen des
23 Berliner Senats mit ihnen transparent kommuniziert wird.
24 Dazu gehört die Vorlage eines Zeitplans für die Integrati-
25 on in den Mutterkonzern. Die Koalition arbeitet seit April
26 2023 und noch immer ist nicht ersichtlich, wie es wei-
27 tergeht. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der ak-
28 tuelle Tarifvertrag der CfM zum Jahreswechsel ausläuft
29 und Tarifverhandlungen für das kommende Jahr anste-
30 hen. Um harte tarifliche Auseinandersetzungen zu ver-
31 meiden, muss deshalb ein belastbarer Zeitplan für eine ta-
32 rifliche Angleichung vorgelegt werden.

33

Änderungsvorschläge zum Antrag 27 II 2024, gem. Bespre-
chung in der AK

Überschrift: CFM streichen – Neu: Charité-Vivantes (CFM)
– Rückführung der Töchter jetzt!

Neu, Zeile 33: Die SPD – Mitglieder im Senat und Abge-
ordnetenhaus werden aufgefordert, jetzt einen verbind-
lichen Plan vorzulegen und die Finanzierung zu sichern.